Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Falsche Geldpolitik beim Ölpreisschock – die Konfusion ist riesengroß
2. Vor dem Preisschock
3. IWF zum Iran-Krieg: „Denken Sie das Undenkbare“
4. Der Irankrieg als christlicher Kreuzzug unter Pete Hegseth
5. Rheinmetall-Gewinn steigt – neues Wachstum durch Irankrieg erwartet
6. US- und NATO-Militärbasis in Ramstein schließen
7. Mord an Saif al-Islam Gaddafi: drei Tatverdächtigte identifiziert, aber keine Festnahmen
8. KI, Staatsräson und die antiislamische Influencerin: Zera Institute
9. Fast jeder fünfte Beschäftigte verdient weniger als 15 Euro
10. Heizgesetz: Regierung kennt wichtigste Regel selbst noch nicht
11. “Bau-Turbo” in Hamburg: Keine einzige Wohnung genehmigt
12. Die Berliner Beuteblase
13. Sprunghaft angestiegene Zahl von Angststörungen bei Jugendlichen bleibt hoch
14. Der Skandal im Skandal: Das Phänomen der deutschen Anti-Antisemitismus-Grifter
15. Wolfram Weimer sagt Verleihung des Deutschen Buchhandlungspreises ab

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Falsche Geldpolitik beim Ölpreisschock – die Konfusion ist riesengroß**
   Die Konfusion über das, was die Politik und insbesondere die Geldpolitik im Falle eines Ölpreisschocks machen sollte, ist total. Die Süddeutsche Zeitung (SZ) bietet dafür

jüngst ein schlagendes Beispiel. Einer ihrer Wirtschaftsredakteure schreibt ein langes „Essay“ über Geldpolitik und die Gefahren, denen heute Notenbanken ausgesetzt sind. Ein anderer schreibt über die letzte Krise und vergisst die Geldpolitik vollständig.
In einem anderen Artikel warnt der Essay-Redakteur der Zeitung, die EZB könne den gleichen Fehler wie 2022 machen und die Zinsen zu spät erhöhen, was die übliche Lesart der deutschen Ökonomen ist. Am Schluss hat ihm aber anscheinend einer ins Handwerk gepfuscht und hineingeschrieben, der folgenschwere Irrtum (von 2021) dürfe nun aber nicht dazu verleiten, die Leitzinsen wegen hoher Rohstoffpreise vorschnell anzuheben. Wörtlich: „Diesen Reflex zu unterdrücken, wird nicht leichtfallen.“ Die Notenbank soll also die Zinsen nicht so schnell anheben, aber die Zinsanhebung bloß nicht verpassen. Das ist ein wirklich genialer Ratschlag.
Quelle: Relevante Ökonomik

2. **Vor dem Preisschock**
   Mit einer Freigabe der strategischen Ölreserven in bislang nie dagewesenem Umfang suchen Deutschland sowie die 31 anderen Mitgliedstaaten der Internationalen Energie-Agentur (IEA) den wegen des Iran-Kriegs drohenden Ölmangel zu verhindern. Die IEA-Mitglieder haben am gestrigen Mittwoch beschlossen, 400 Millionen Barrel Öl freizugeben – ein Drittel der Gesamtreserven von 1,2 Milliarden Barrel. Experten bezweifeln, dass die Maßnahme genügt. Durch die Straße von Hormuz, die kriegsbedingt nicht mehr passierbar ist, wurde vor dem Iran-Krieg rund ein Fünftel der globalen Ölproduktion geleitet; täglich fehlen laut Branchenschätzungen auf dem Weltmarkt rund 16 Millionen Barrel Öl. Eine lange anhaltende Sperrung der Meerenge dürfte auch den Gaspreis weiter in die Höhe treiben. Ökonomen warnen vor einem Preisschock, der potenziell noch stärker ausfallen könnte als jener nach Beginn des Ukrainekriegs. Für Deutschland könnten die Folgen besonders gravierend sein: Dauerhaft hohe Energiepreise drohten Produktion und Wachstum zu belasten und neue Inflationsimpulse auszulösen, heißt es. In der EU ist ein Marineeinsatz in der Straße von Hormuz im Gespräch.
   Quelle: German Foreign Policy

   dazu: **Flaschenhals: Die globalen wirtschaftlichen Folgen der Sperrung des Persischen Golfs**
   Wie sich die Unterbrechung der Exporte von Öl, Flüssigerdgas und Harnstoff auf die Weltwirtschaft auswirken wird
   Der Persische Golf ist das wichtigste Gewässer für die Weltwirtschaft. Seine schmale Ausfahrt – die Straße von Hormuz, die an ihrer engsten Stelle nur 33 Kilometer breit ist – fungiert als Ventil, durch das ein außerordentlicher Anteil der weltweiten Energie- und Agrarprodukte fließt. Eine anhaltende Schließung dieses Ventils durch

den Iran würde einen wirtschaftlichen Schock auslösen, für den es in der Geschichte kaum Präzedenzfälle gibt.
Quelle: Seniora.org

dazu auch: **Deutschland gibt Teil der nationalen Ölreserve frei**
Deutschland will Teile seiner Ölreserve freigeben, um den schnellen Preisanstieg auf den Märkten zu dämpfen. Denn laut Wirtschaftsministerin Reiche gibt es keine Knappheit – aber Risikoaufschläge und Spekulationsgewinne.
Quelle: tagesschau

und: **Zorn über hohe Benzinpreise – und Ministerin Reiche: „Sitzt Konzernen auf dem Schoß“**
Die Benzinpreise in Deutschland erhitzen die Gemüter: Ärger darüber, dass Kraftstoff in den Nachbarländern günstig bleibt – oder auch über Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU), die eine Spritpreisbremse nicht für notwendig hält. Den Frust über die starken Preiserhöhungen von 30 bis 40 Cent in wenigen Tagen bekommen auch die Tankstellenbetreiber zu spüren, wie Herbert Rabl, Pressesprecher des Tankstellen-Interessenverbands, der Frankfurter Rundschau von Ippen.Media sagt.
Quelle: FR Online

3. **IWF zum Iran-Krieg: „Denken Sie das Undenkbare“**
Der Iran-Krieg hat bei längerer Dauer fatale wirtschaftliche Folgen, meint die Chefin des Internationale Währungsfonds (IWF). Darauf sollten sich die politischen Entscheidungsträger vorbereiten. Dass die Energiepreise angesichts der Sperrung der Straße von Hormus schon explodiert sind, wird allen voran für das Rezessionsland Deutschland schlimm, wo die Lage auch ohne den Überfall Israels und der USA schon als „wirklich dramatisch“ beurteilt wird.
Nur die Hoffnung auf die wachsweichen Worte von Donald Trump haben für etwas Entspannung an der Ölpreis-Front und zunächst auch wieder für steigende Börsenkurse gesorgt, die zuvor in die Knie gegangen waren. Doch es herrscht das Prinzip Hoffnung nach den Aussagen von Trump vor, der den lieben langen Tag so alles Mögliche erzählt.
Quelle: Overton Magazin

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Putin hat Europa/der EU angeboten, Gas und Öl zu anständigem Preis zu liefern, aber halt mit langfristigen Verträgen. Über die Nordruten (NS2, Druschba-Ölpipeline) wäre das auch (vorläufig) vom Krieg unbehelligt zu liefern. Aber nein, wurde kategorisch abgelehnt. Spült ja Geld in Russlands Kriegskasse, so u. a. das Argument. Also lieber moralischen Selbstmord*

begehen, als pragmatisch an das Wohl von Land und Leuten zu denken.

4. **Der Irankrieg als christlicher Kreuzzug unter Pete Hegseth**
Militärkommandeure beschreiben die Iranoffensive Berichten zufolge wie einen christlichen Kreuzzug – unter Verteidigungsminister Pete Hegseth.
Kurz nach dem Terroranschlag auf die „USS Cole" im Jahr 2000 begann die Marineführung, uns über religiöse Fanatiker zu briefen, die in den Bergen lebten – Männer, die keinem Land und keiner nationalen Sache angehörten, deren einzige Loyalität ihrer eigenen Interpretation von Religion galt. Al-Qaida.
Diese Briefings endeten in der Regel mit einer wichtigen Lektion: Das US-Militär wird von der Verfassung regiert, nicht von einer Religion. Die Gründerväter der Nation verstanden die Gefahr, die religiöser Extremismus für eine Demokratie darstellt. Die Regierung von Donald Trump sieht das offenbar anders, während sie einen neuen Krieg gegen Iran ohne klare Ziele oder ein absehbares Ende vom Zaun bricht.
Europa gleitet langsam in diesen mit hoher Intensität geführten Krieg hinein, nur der sozialistische spanische Regierungschef Pedro Sánchez macht nicht mit. Dafür hat das US-Regime Spanien mit einem Handelsboykott bestraft.
Quelle: Rolling Stone

dazu: **Iran zu seinem Glück bombardieren?**
Der israelisch-amerikanische Krieg gegen Iran hat schon wenige Tage nach den ersten Bomben elf Länder erfasst. In Dubai, dem Glitzerherz des turbofeudalistischen Kapitalismus, dürfen nun ein paar blockierte Touristen, Steuerflüchtige und Influencer am wirklichen Krieg schnuppern. Um die Strasse von Hormuz hat die Seeschlacht begonnen, Saudiarabien, die Vereinigten Emirate, Qatar, Oman und Jemen mittendrin. An Irans Ostflanke haben die USA einen zusätzlichen Brand zwischen Pakistan und Afghanistan entfacht. Israel beansprucht unter dem Vorwand des Krieges weitere Teile aus Libanon und aus Syrien.
Derweil finden türkische Militärs, ihre Grenzen, 1923 bei der Konferenz von Lausanne gezogen, seien gar eng. Der Krieg sei eine opportune Gelegenheit, um Mosul und den Nordirak zu besetzen. Und dies alles vor dem Hintergrund der laufenden Vernichtung des palästinensischen Volkes in Gaza und im Westjordanland.
Quelle: work

dazu auch: **Bericht: US-Rakete traf Schule im Iran wegen Zielerfassungsfehlers**
Die Untersuchung gehe davon aus, dass eine Tomahawk-Marschflugkörper-Rakete aufgrund fehlerhafter Zielkoordinaten auf das Gebäude gelenkt wurde. Die Koordinaten seien von Offizieren des US-Zentralkommandos erstellt worden, die sich auf veraltete Daten der militärischen Geheimdienstbehörde Defense Intelligence

Agency (DIA) gestützt hätten, berichtete die [New York Times] unter Berufung auf Personen, die über die Untersuchung informiert wurden. Nach den vorläufigen Ergebnissen galt das Gebäude in den Zielsystemen weiterhin als Teil einer Militäranlage. Tatsächlich war es jedoch bereits seit Jahren eine Grundschule. (…)
US-Präsident Donald Trump hatte zunächst erklärt, der Angriff könne vom Iran selbst verursacht worden sein. „Meiner Meinung nach war das der Iran“, sagte Trump am Wochenende vor Journalisten an Bord der Air Force One. Die iranischen Streitkräfte seien „sehr ungenau“ bei ihren Waffen. Später räumte der Präsident ein, dass er nicht genügend Informationen habe und das Ergebnis der laufenden Untersuchung akzeptieren werde.
Quelle: Berliner Zeitung

und: **US-Senator: Sind anscheinend auf Weg zu Bodeneinsatz im Iran**
“Wir scheinen auf dem Weg dahin zu sein, Truppen für einen Bodeneinsatz in den Iran zu schicken, um potenzielle Kriegsziele erreichen zu können”, sagte der demokratische Senator Richard Blumenthal nach einer geheimen Unterrichtung im US-Kongress. “Ich habe diese Besprechung unzufrieden und ehrlich gesagt so wütend verlassen, wie ich es bei keinem anderen Briefing in meinen 15 Jahren im Senat gewesen bin”, fügte er vor Journalisten hinzu. Die Unterrichtung vor dem Senatsausschuss für die US-Streitkräfte habe ihn mit mehr Fragen als Antworten zurückgelassen, insbesondere in Bezug auf die Kosten des Kriegs. “Das amerikanische Volk verdient es, viel mehr zu erfahren, als diese Regierung ihm über die Kosten des Kriegs, die Gefahren für unsere Söhne und Töchter in Uniform und die Möglichkeit einer weiteren Eskalation mitgeteilt hat”, sagte Blumenthal. Sowohl US-Präsident Donald Trump als auch Verteidigungsminister Pete Hegseth haben den Einsatz von Bodentruppen nicht ausgeschlossen.
Quelle: n-tv

5. **Rheinmetall-Gewinn steigt – neues Wachstum durch Irankrieg erwartet**
Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat 2025 bei Umsatz und Gewinn jeweils zweistellig zugelegt. Durch die weltweiten Krisen erhofft sich das Unternehmen auch dieses Jahr florierende Geschäfte.
Der Düsseldorfer Rüstungskonzern Rheinmetall will nach seinem Umsatz- und Gewinnplus 2025 auch dieses Jahr deutlich wachsen. Der Konzernumsatz werde um 40 bis 45 Prozent auf 14,0 bis 14,5 Milliarden Euro steigen, teilte das Unternehmen angesichts der Ausbreitung weltweiter Krisen und Kriege mit. Die operative Marge im Konzern solle auf 19 Prozent klettern, nach 18,5 Prozent im Jahr 2025.
Quelle: DER SPIEGEL

6. **US- und NATO-Militärbasis in Ramstein schließen**
   Die US- und NATO-Basis Ramstein ist ein zentraler Knotenpunkt amerikanischer Militärpolitik in Europa. Von hier aus werden Kriege koordiniert, die nicht nur das Völkerrecht infrage stellen, sondern auch Deutschland politisch und sicherheitspolitisch in Haftung nehmen. Die Debatte über Ramstein führt deshalb zu einer grundsätzlichen Frage: Welche Rolle spielen US-Militärbasen und die NATO im globalen Machtsystem der Vereinigten Staaten – und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Frieden und Sicherheit in Deutschland?
   Quelle: Sevim Dagdelen auf Overton Magazin
7. **Mord an Saif al-Islam Gaddafi: drei Tatverdächtigte identifiziert, aber keine Festnahmen**
   Die libysche Generalstaatsanwaltschaft informierte am 5. März 2026 über den aktuellen Ermittlungsstand bezüglich des Mordes an Saif al-Islam Gaddafi. Zum Tathergang erklärte sie, dass die Täter das Haus von Saif al-Islam so lange observierten, bis sich ihnen eine Gelegenheit für das Attentat bot. Dann seien die Mörder über eine Mauer auf sein Grundstück geklettert und hätten Saif al-Islam im Hof seines Hauses eingekreist, so dass ihm eine Flucht unmöglich war. Anschließend richteten die Täter ihre automatischen Gewehre auf ihn und eröffneten das Feuer. Nachdem ihn mehrere Kugeln ihn getroffenen hatten, sei der Tod eingetreten.
   Quelle: Gela-News
8. **KI, Staatsräson und die antiislamische Influencerin: Zera Institute**
   Wie eine antiislamische Influencerin und CDU-Mitglied 390.000 Euro an öffentlichen Mitteln aus Berlin erhielt, um einen Thinktank zu gründen, der KI-Tools zur Überwachung von Kritik an Israel in sozialen Medien entwickelt. Eine Spurensuche.
   […]
   Ein Begünstigter des Aktionsfonds ist besonders interessant: das Zera Institute, ein selbsternannter „Kultur-Thinktank gegen Antisemitismus“, der 390.000 Euro erhielt und erst kurz vor Bereitstellung der Fördermittel gegründet wurde. Das Zera Institute wird vom israelischen Musikproduzenten Mark Pinhasov und Maral Salmassi geleitet, die laut ihrer Biografie die Tochter eines iranischen Diplomaten aus der Zeit des Schahs in Israel ist und sich Ende 2023 als aggressive anti-islamische Influencerin neu erfunden hat.
   Quelle: etos.media
9. **Fast jeder fünfte Beschäftigte verdient weniger als 15 Euro**
   Laut Statistischem Bundesamt verdienen 19,3 Prozent der Beschäftigten weniger als 15 Euro brutto pro Stunde. Besonders betroffen sind Mitarbeitende im Gastgewerbe. napp jeder fünfte Beschäftigte hat im vergangenen Jahr unter 15 Euro brutto pro Stunde verdient. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Linken-

Anfrage hervor, in der die Regierung Zahlen des Statistischen Bundesamtes zitiert. Demnach verdienten im vergangenen April 7,7 Millionen Beschäftigte – und damit ein Anteil von 19,3 Prozent – weniger als 15 Euro. Besonders betroffen ist laut der Regierungsantwort das Gastgewerbe, in dem 1,1 Millionen Stellen mit unter 15 Euro pro Stunde bezahlt werden.
Quelle: Zeit Online

10. **Heizgesetz: Regierung kennt wichtigste Regel selbst noch nicht**
Die Bundesregierung will das neue Heizungsgesetz beschließen – ohne die für das Gesetz zentrale Grüngasquote auszugestalten. Die soll erst Monate später nachgereicht werden.
Die Bundesregierung will das neue Heizungsgesetz verabschieden – allerdings ohne eine der zentralen Klimaregeln vorher festzulegen: die Grüngasquote. Zwar soll das Gesetz, inzwischen unter dem Namen Gebäudemodernisierungsgesetz (GMG), noch im März vom Kabinett beschlossen werden.
Doch die Quote steht weiterhin auf der Warteliste, konkrete Eckpunkte könnten erst im August vorliegen. Das geht aus einer schriftlichen Anfrage des Grünen-Bundestagsabgeordneten Alaa Alhamwi an die Bundesregierung hervor, die FOCUS online Earth vorliegt. Zuvor hatte das Nachrichtenportal T-Online berichtet.
Quelle: Focus Online
11. **“Bau-Turbo” in Hamburg: Keine einzige Wohnung genehmigt**
Der vom Bund beschlossene sogenannte Bau-Turbo wirkt in Hamburg bisher nicht, wie Informationen von NDR 90,3 zeigen. Die Bezirksämter haben noch keine einzige Wohnung nach dem neuen Gesetz genehmigt. Dabei gilt der “Bau-Turbo” seit Ende Oktober.
Hamburgs Senat hatte sich viel vom “Bau-Turbo” erhofft. Doch nach einem Vierteljahr fällt die Bilanz ernüchternd aus. Bauherren und Bauherrinnen reichten 23 Wohnungsprojekte ein – keines wurde genehmigt. 14 lehnten die Bezirksämter ab, neun waren Stand Ende Januar noch nicht entschieden.
Quelle: NDR
12. **Die Berliner Beuteblase**
Trotz des neuen Stiftungsfinanzierungsgesetzes bleibt die Desiderius-Erasmus-Stiftung, die der AfD nahesteht, von den gesetzlich festgelegten Geldern ausgeschlossen. Wieder eine kleinkarierte Maßnahme, die der AfD weitere Wähler einbringt.
Parteinahe Stiftungen haben klar definierte Aufgaben: politische Bildungsarbeit, Forschung und Studienförderung. Das klingt staatstragend, doch im Grunde weiß jeder, der sich halbwegs im politischen Berlin auskennt, dass sie in erster Linie Kaderschmiede und Auffangbecken für das Personal ihrer Partei sind. Parlamentarier,

die ihr Mandat verlieren, müssen schließlich irgendwohin, und den Nachwuchs hat man am besten bereits während des Studiums mit Stipendien an sich gebunden. An sich ist das kein großes Ding, würden diese Stiftungen nicht mit horrenden Summen an Steuergeld ausgestattet. Das gilt zumindest für die, die den Parteien CDU, CSU, SPD, Grüne, FDP und Linke nahestehen. Eine Ausnahme bildet — oh Wunder — mal wieder die AfD. Eine ungerechte Ausnahme in einem noch ungerechteren System.
Quelle: Roberto J. De Lapuente auf Manova

13. **Sprunghaft angestiegene Zahl von Angststörungen bei Jugendlichen bleibt hoch**
Immer mehr jugendliche Mädchen leiden unter Ängsten, vor allem unter sozialen Phobien und Panikstörungen. Dies ist dem Kinder- und Jugendreport 2025 der Hamburger Krankenkasse DAK zu entnehmen. Dem Report zufolge erhielten 18 von 1.000 jugendlichen Mädchen 2024 die Diagnose „Panikstörungen“, bei 21 von 1.000 wurde eine Sozialphobie diagnostiziert. Im Vergleich zu 2019 entspricht dies einem Anstieg um 138 Prozent bei sozialen Phobien und 90 Prozent bei Panikstörungen.
Quelle: multipolar

Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Ich erinnere mich noch gut daran, dass Lauterbach während der Pandemie den Anstieg der psychischen Störungen bei Kindern bestritt. Jetzt steht Lauterbach hoch im Kurs, der neue Chef der WHO zu werden, da durch den USA-Wegfall Deutschland nun der größte Geldgeber ist. Statt Aufarbeitung und Politiker in die Verantwortung zu nehmen, werden diese noch belohnt. Auch gegen Spahn wird wegen der Maskendeals nicht mehr ermittelt.*

14. **Der Skandal im Skandal: Das Phänomen der deutschen Anti-Antisemitismus-Grifter**
„Eure Kunstfreiheit endet, wenn es für uns politisch zu brisant wird“, sagt Sarah Wedl-Wilson (parteilos, CDU-nah, damals Staatssekretärin der Berliner Senatsverwaltung, heute Kultursenatorin) zu Louna Sbou, Direktorin des Kulturzentrums Oyoun, so Sbou, kurz bevor die öffentlichen Förderungen des Kulturzentrums gestrichen werden. Dieses Zitat fasst die Einstellung vieler Berliner Politiker*innen prägnant zusammen, die die Stadt gleichzeitig als Sinnbild kultureller Freiheit monetarisieren und zugleich alles in ihrer Macht Stehende dafür tun, dass ausschließlich ihnen genehme Inhalte in Berlin eine Bühne bekommen.
Jetzt kommen zunehmend Details des brisantesten Instruments für diesen Versuch diskursiver Hegemonie ans Licht:
Quelle: etos.media
15. **Wolfram Weimer sagt Verleihung des Deutschen Buchhandlungspreises ab**

Der Deutsche Buchhandlungspreis wird nicht auf der Leipziger Buchmesse verliehen. Hintergrund ist die Debatte um den Ausschluss mehrerer Buchhandlungen. Kulturstaatsminister Wolfram Weimer (parteilos) hat die Verleihung des Deutschen Buchhandlungspreises abgesagt, die am 19. März auf der Leipziger Buchmesse stattfinden sollte. Hintergrund ist die aktuelle Debatte um den Ausschluss dreier Buchhandlungen von der Kandidatenliste. Die Diskussion um die Streichungen drohe den Sinn der Veranstaltung "zunehmend zu überlagern", teilte ein Sprecher Weimers mit. Eine angemessene Würdigung der Preisträgerinnen und Preisträger scheine "in einem solchen Kontext kaum noch möglich".
Die Preise werden trotzdem vergeben. Die ausgewählten Buchhandlungen sollen Preisgeld und Urkunde auf direktem Wege erhalten, die Bekanntgabe der Hauptpreise solle in gesonderter Form erfolgen, teilte der Sprecher mit.
Quelle: Zeit Online

dazu: **Weiterer Preisträger verweigerte Teilnahme**
Nachdem Kulturstaatsminister Wolfram Weimer drei linke Buchläden vom Deutschen Buchhandlungspreis ausgeschlossen hatte, sagte er am Dienstag gleich die ganze Preisverleihung ab. Offenbar war der Gegenwind noch heftiger als ohnehin bekannt. Ein weiterer für den Deutschen Buchhandlungspreis nominierter Buchladen hatte seine Teilnahme an der Preisverleihung abgesagt – bevor Kulturstaatsminister Wolfram Weimer die für kommende Woche im Rahmen der Leipziger Buchmesse geplante Veranstaltung strich. Das teilte ein Sprecher Weimers auf Anfrage von t-online mit. Bereits zuvor war durch einen offenen Brief bekannt geworden, dass einer der über 100 ursprünglich Nominierten drohte, den Preis nicht anzunehmen.
Quelle: t-online

dazu auch: **Nach Verfassungsschutz-Abfrage: Buchbranche empört über Weimer-Vorgehen**
Der Eklat um den Buchhandlungspreis zieht weitere Kreise. Erst wurden drei Buchhandlungen ausgeschlossen, dann wurde die Verleihung abgesagt. Nun werfen die Absagemails Fragen auf. Es formiert sich immer breiterer Protest.
Quelle: tagesschau

Anmerkung unseres Lesers W.K.: *Wäre der mediale Aufschrei und die Welle der Empörung wohl auch so heftig gewesen, wenn es sich um "rechte" Buchhandlungen gehandelt hätte, über die angeblich "verfassungsschutzrelevante Informationen" vorlägen? Die Antwort kennen wir alle.*